Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6 — Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend — Postscheckkonto Dresden 2640

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Geschäftsstellung monatlich Mk., durch unsere Austräger zugetragen in der Stadt monatlich Mk., auf dem Lande Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. mit Zustellungsgebühr. Alle Postanstalten und Postboten sowie unsere Austräger und Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises.

Inseratenpreis Mk. für die 6gespaltene Korpuszeile oder deren Raum, Reklamen, die 2spaltige Korpuszeile Mk. Bei Wiederholung und Jahresaufträgen entsprechender Preisnachlaß. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2gespaltene Korpuszeile Mk. Nachweisungs-Gebühr 50 Pfg. Anzeigenannahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen.

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Lässig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 51 — Mittwoch den 1. März 1922. — 81. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Bei der Eröffnung der Goethewoche in Frankfurt a. M. hielt Reichspräsident Ebert eine Ansprache.

* Die Vorkonferenz der Sachverständigen für die Vorberatung der Genueser Konferenz wird voraussichtlich am 3. März stattfinden.

* Der englische und der französische Finanzminister werden sich demnächst in Paris treffen, um die Frage der Reparationszahlungen, der Anrechnung der Besatzungskosten und des Wiesbadener Abkommens zu besprechen.

* Das neue italienische Kabinett unter Führung de Factas hat sich endgültig konstituiert.

„Stärker denn je."

Zu dem Ergebnis der Zusammenkunft Lloyd Georges mit Poincaré, in der das Programm für Genua besprochen wurde, wird uns geschrieben:

In der vorläufigen Verschiebung der Genueser Konferenz vom 8. März auf den 10. April zeigt sich schon rein äußerlich ein Sieg Poincarés über Lloyd George an. Ein halber Sieg vielleicht nur, oder auch ein Viertelsieg; aber die Tatsache allein, daß der britische Premierminister, der es in Cannes so sehr eilig hatte mit der Einberufung einer wahrhaft internationalen Wirtschaftskonferenz, jetzt in einen weiteren Monatsaufschub dieser Veranstaltung willigt, obwohl doch inzwischen die allgemeine Wirtschaftslage in Europa wahrlich nicht besser geworden ist, beweist schon zur Genüge, wie der Wind in Boulogne geweht hat. Er kann sich allerdings, wenn ihm etwas daran gelegen sein sollte, auf den neuesten Ministerwechsel in Italien berufen, der die Innehaltung des ursprünglichen Konferenztermins erschwert, wenn nicht sogar unmöglich gemacht hätte. Aber die eifrige Minierarbeit Poincarés hätte, das ist wenigstens der allgemeine Eindruck, den „kurzen" Aufschub der Konferenz sicherlich auch dann zur Folge gehabt, wenn Herr Bonomi in Rom nicht zu Fall gekommen wäre. Die Partie steht jedenfalls im Augenblick ungleich günstiger für Frankreich als vor zwei Monaten, und wer weiß, ob sie nicht bereits endgültig in diesem Sinne entschieden sein wird, wenn es wirklich noch zu der Konferenz von Genua kommen sollte.

Einstweilen liegen allerdings im wesentlichen nur französische Meldungen über das Ergebnis der neuesten Besprechungen von Boulogne vor. Danach hat man dort abermals ausdrücklich festgestellt, daß die in Frankreich unterzeichneten Friedensverträge in Genua nicht in Frage gezogen werden dürfen; und ganz besonders wurde noch einmal die Forderung vereinbart, daß sich in Genua alle Länder gemeinsam zu verpflichten hätten, sich jeden Angriffs auf ihre Nachbarn zu enthalten. Das Recht Frankreichs auf Sanktionen, und namentlich auf etwa notwendig werdende neue territoriale Besetzungen in Deutschland, soll jedoch vollkommen gesichert bleiben, womit wohl gleichzeitig gesagt sein soll, daß die vertrags- und rechtswidrige Fortdauer der Besetzung von Düsseldorf, Ruhrort und Mühlheim ebensowenig in Genua zur Debatte gebracht werden darf. Der Aufnahme Rußlands und Deutschlands in den Völkerbund dagegen darf bei dieser Gelegenheit das Wort geredet werden. In dieser Frage will Frankreich nach und nach ein Einsehen haben. Unerbittlich dagegen ist es wiederum in seinem Protest gegen jede Debatte über die deutschen Reparationsleistungen, und Lloyd George soll sich ausdrücklich damit einverstanden erklärt haben, daß weder über ihre Höhe noch über ihre Art in Genua verhandelt werden darf. Bestimmte Ideen, die in Genua zur Sprache kommen, sollen hinterdrein dem Völkerbund zur weiteren Verfolgung überwiesen werden, ohne daß dadurch ein Wettbewerb zwischen Konferenz und Völkerbund zugelassen würde. Die Frage der Anerkennung der Sowjetregierung bleibt nach wie vor der freien Entschließung jeder einzelnen Regierung überlassen. In der Notwendigkeit der Anerkennung der früheren russischen Staatsschulden durch die jetzige bolschewistische Regierung sind sich aber die leitenden Männer Frankreichs und Englands nach wie vor durchaus einig, ebenso darüber, daß die Frage der europäischen Abrüstungen in Genua totgeschwiegen werden muß. Bleibt schließlich noch die Frage des britisch-französischen Schutzvertrages, die in Boulogne indessen nur kurz gestreift wurde. Dagegen soll Lloyd George sich mit der Verlängerung der 15jährigen Besetzungsfrist für die Rheinlande einverstanden erklärt haben, und so soll eine „Einheitsfront" für die Konferenz von Genua zustandegekommen sein.

Begreiflich genug, daß die französische Presse ob dieser Nachrichten in hellen Jubel ausbricht. Der „Matin" will Herrn Poincaré jetzt ohne Beunruhigung nach Genua gehen lassen, und der „Temps" spricht von der „glücklichen Unterredung", die beiden Teilen gleich viel gebracht habe. Frankreich dürfe nun hoffen, in der Frage der Reparationen seinen Willen durchzusetzen, und England sei einer Lösung des Arbeitslosenproblems nähergekommen. Frankreich werde sein Guthaben nicht bekommen, wenn die englische Arbeitslosigkeit weiter bestehe, und wenn Frankreich nicht bezahlt werde, werde England seinen früheren Wohlstand nicht mehr zurückerlangen. Nur indem beide Staaten Europas sich die beiden Garantien verschaffen, die alle Völker brauchen, nämlich die „Friedensgarantie" und die „Zahlungsgarantie", werde man weiterkommen, und so auch in Deutschland diejenige Politik durchsetzen, die in London und Paris für notwendig gehalten werde.

Zurückhaltender ist man, wie immer in solchen Fällen, wenn eine neue britische Niederlage sich ankündigt, in London. Ein Sonderberichterstatter des Reuterschen Bureaus bringt zwar eine Unterredung mit Lloyd George, die sich aber in der Hauptsache nur auf die Verhandlungen über Rußland bezieht. Die Entente sei „stärker denn je", versichert der britische Premierminister, und Frankreich und England würden zusammen für den Wiederaufbau Europas arbeiten. Wahrscheinlich wird man sich sehr bald bemühen, etwas Wasser in den französischen Wein zu tun, um wenigstens vor der Welt das Ansehen zu wahren. Aber wenn Lloyd George sich wirklich ernsthaft für diesen Wiederaufbau einsetzen wollte, so hätte er doch etwas früher aufstehen müssen als Poincaré, und damit, daß er höchstens in der Form, daß heißt in der Zusammenberufung der Genueser Konferenz, recht behalten wird, in der Sache dagegen sich den jeden Wiederaufbau unmöglich machenden französischen Forderungen anbequemt hat, ist weder dem englischen, noch dem deutschen Volke irgendwie gedient. Lloyd George spielt mit den Dingen, von denen das Wohl ganz Europas abhängt, oder er läßt es zu, daß mit ihm in diesen Dingen gespielt wird. Das eine ist so schlimm wie das andere.

•

In hundert Minuten.

Die Besprechung von Boulogne ist nicht nur bis zur letzten Minute mit außergewöhnlich dichten Schleiern des Geheimnisses umgeben worden, sondern hat sich auch in ganz unglaublicher Geschwindigkeit abgespielt. Ein Berliner Montagsblatt macht sich die Mühe, auszurechnen, daß für die eigentliche Besprechung selbst eine Redezeit von kaum mehr als 100 Minuten übrig blieb. Wenn nun, wie es der Fall war, sieben bis acht wichtige Fragen zu erledigen waren, so bleibt für jede höchstens 12 Minuten übrig. Nimmt man ferner an, so schreibt das Blatt, daß jeder der beiden Staatsmänner zur Entwicklung seines Standpunktes bloß 5 Minuten gebraucht hat, so blieb für die freundschaftliche „Einigung" in jeder dieser Fragen, in denen bisher grundsätzlich verschiedene Meinungen zwischen Lloyd George und Poincaré bestanden, ein Zeitraum von bloß 2 Minuten 30 Sekunden — genau so viel, als aufrechte Männer brauchen, um nach kurzem Schwanken „der Länge nach umzufallen".

Freie Sachleistungen.

Ein deutsch-belgisches Abkommen.

In Berlin ist ein deutsch-belgischer Vertrag beraten und beschlossen worden, der eine neue Regelung der deutschen Sachleistungen an Belgien bringt. Er sieht nur eine

kurze Bindung auf ein Jahr

vor und er gestattet den unmittelbaren freien Verkehr zwischen Lieferer und Besteller, der nur beschränkt wird durch Kontrollvorschriften, auf Grund deren beide Regierungen das Recht haben, den im freien Verkehr zustandegekommenen Lieferverträgen die Genehmigung zu versagen. Die Verträge im freien Verkehr sehen, wie nichtamtlich verlautet, die Mindestsumme von 100 000 Franken für den einzelnen Auftrag vor. Die Bezahlung an den deutschen Lieferanten erfolgt, soweit ausländische Rohstoffe in der gelieferten Ware enthalten sind, durch den Besteller in Devisen, im übrigen durch das Deutsche Reich in Papiermark. Die freien Lieferungen unterliegen der deutschen Außenhandelskontrolle, und es wird von ihnen die Ausfuhrabgabe erhoben. Um zu vermeiden, daß der Friedensvertrag als Instrument mißbraucht wird, um deutsche Waren zu günstigen Preisen zur Weiterveräußerung an andere Länder zu erwerben, ist vorgesehen, daß die zu liefernden Waren grundsätzlich nur für den eigenen Verbrauch des Bestellerlandes (einschl. Kolonien) bestimmt sein dürfen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Wer wird Reichspräsident?

In der Frage der Reichspräsidentenwahl wird von deutschnationaler Seite in Abrede gestellt, daß Herr v. Kahr als der Kandidat der Deutschnationalen anzusprechen sei. Das Zentrum will den früheren Reichskanzler Fehrenbach präsentieren. Der Kandidat der Demokraten scheint der Staatspräsident von Württemberg, Dr. v. Hieber, zu sein.

Liquidationsgefahr in Oberschlesien.

Die polnische Abordnung in Genf behauptet in einer Erklärung zur Liquidationsfrage, über die bekanntlich bisher in den Verhandlungen keine direkte Einigung erzielt werden konnte, daß das polnische Liquidationsrecht auch für den polnisch werdenden Teil Oberschlesiens gelte, da der Versailler Vertrag es für das ganze Gebiet Polens vorsieht. Diese im gegenwärtigen Stadium der Verhandlungen ziemlich auffällige Kundgebung der polnischen Abordnung steht im Gegensatz zu der Ansicht, der deutschen Abordnung, die sich dabei nicht nur auf Wortlaut und Sinn des Versailler Vertrages und des Beschlusses der Botschafterkonferenz vom 20. Oktober 1921, sondern vor allem auch darauf stützt, daß in den gegenwärtigen Genfer Verhandlungen alle zweifelhaften Fragen nach dem jeweiligen Interesse der Oberschlesier selbst entschieden werden sollen. Die oberschlesische Bevölkerung will aber selbstverständlich ausnahmslos nichts von einer Liquidation wissen.

Das deutsche Eigentum in Amerika.

Nach neuen Meldungen aus Newyork will Präsident Harding die formelle Kundgebung über die Erneuerung der amerikanisch-deutschen Patentverträge aufschieben, bis die gegenwärtig schwebende Untersuchung über die Unregelmäßigkeiten, die sich der Verwalter des feindlichen Eigentums im Jahre 1919 durch den Verkauf deutscher Farbstoffpatente an eine amerikanische Gesellschaft zuschulden kommen ließ, beendet ist.

Die Karikatur eines Saar-Parlaments.

DA. Wie das saarländische Mitglied der Regierungskommission, Dr. Hector, den Führern der politischen Parteien auseinandersetzte, geht der Plan der Saarregierung dahin, anstelle der jetzigen acht „Ersatz"-Parlamente (die Kreis- bezw. Bezirkstage und die Saarbrücker Stadtverordnetenversammlung) eine einheitliche Volksvertretung zu setzen, jedoch behält sich die Regierung vor, die eine Hälfte derselben zu ernennen, die andere soll aus allgemeinen Wahlen hervorgehen. Dieses Parlament soll aber nach wie vor nur eine begutachtende, keine gesetzgebende Tätigkeit ausüben dürfen. Die Parteivorsitzenden lehnten es ab, eine derartige Karikatur als Erfüllung des einmütigen Wunsches der Bevölkerung nach einem Saarparlament anzuerkennen.

Die Störenfriede am Rhein.

Die Kölnische Zeitung beschäftigt sich mit den Umtrieben der rheinischen Sonderbündler und schreibt dazu u. a., die Rheinländer wünschten im Interesse des friedlichen Einvernehmens, daß die französische Propaganda hier am Rhein ganz aufhört. Dann werde es den deutschen Gerichten möglich sein, die Elemente nach Gebühr zu fassen und zu bestrafen, die im besetzten Gebiet den Bürgerfrieden zu stören und das Staatsgefüge zu zerreißen trachten. Das Rheinland erwarte, daß Preußen wie das Reich sich mit aller Entschiedenheit dagegen zur Wehr setze, daß die Sonderbündler am Rhein weiter als Störenfriede, Volksverhetzer und Hochverräter wirken können.

Schrittweise Sozialisierung.

In Köln hielt der sozialdemokratische Reichstagspräsident Loebe einen Vortrag, in dem er vom sozialdemokratischen Standpunkt aus die jüngsten Krisen der schweren wirtschaftlichen Zerrüttung und den Eisenbahnerstreik betrachtete. Er suchte u. a. die Ansicht seiner Partei über die Erfassung der Sachwerte zu begründen, die ein erster Schritt zur Sozialisierung sei, die übrigens nicht übereilt werden solle, sondern schrittweise durchgeführt werden müsse.

Deutsch-Österreich.

× **Vor neuen Schulkämpfen.** In dem diesjährigen Fastenhirtenbrief der Bischöfe Österreichs heißt es unter anderem, eine Scheidung der Geister stehe den Katholiken Österreichs bevor. Wenn nicht alle Anzeichen trügten, werde sich dieser Geisterscheidungskampf zunächst auf dem Gebiete der Erziehung und Schule abspielen. Der Hirtenbrief wendet sich gegen die Schulerlasse, durch die der Zwang zur Teilnahme an religiösen Übungen in den Schulen untersagt wird, und fordert Rücknahme dieser Erlasse. Er betont, daß die Kirche keinen einzigen Punkt ihrer Forderungen hinsichtlich der Erziehung der christlichen Kinder in der Schule aufgeben oder abschwächen könne.

Italien.

× Das neue Kabinett, welches de Facta nunmehr nach vielen Schwierigkeiten gebildet hat, setzt sich zusammen aus acht Demokraten, drei Mitgliedern der Katholischen Volkspartei, einem Mitglied der Partei der Landwirte, einem Reformisten und einem Mitgliede der liberalen Rechten. Das neue Kabinett findet in fast allen Blättern eine günstige Aufnahme. Die Blätter erklären, daß das neue Kabinett die Mehrheit der Kammer erhalten werde.

Aus In- und Ausland.

Frankfurt a. M. Auf der Sozialistentagung wurde mitgeteilt, daß möglichst bald eine gemeinsame Sitzung der drei sozialistischen Internationalen nach Berlin einberufen werden soll, um die Aktionskraft des Proletariats zu steigern.

Beuthen. Der seinerzeit anläßlich der Petersdorfer Vorgänge über Gleiwitz verhängte Belagerungszustand wird vom 1. März ab wieder aufgehoben.

Kattowitz. Vom Kommandeur der Polizeikräfte im Abstimmungsgebiet ist der Kriminalkommissar Löschnick in Kattowitz der deutschen Regierung zur Verfügung gestellt worden. Der Grund zu seiner Ausweisung wird in einer dienstlichen Handlung erblickt, die das Mißfallen der Interalliierten Kommission hervorrief.

Wien. Die Botschafterkonferenz fordert von Österreich die Ablieferung weiterer Lokomotiven und Waggons

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF